

# «Das läuft politisch» Biodiversitätsinitiative: Natur besser schützen

Reto Voneschen, Ehrenmitglied NVS

Am 22. September fällt an der Abstimmungsurne ein wegweisender Entscheid für die Zukunft des Naturschutzes in der Schweiz. Das Stimmvolk befindet an diesem Wochenende nämlich über die Eidgenössische Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft». Hinter dieser sogenannten Biodiversitätsinitiative stehen unter anderem Umwelt- und Naturschutzorganisationen. Sie wollen mit dem Volksbegehren langfristig den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Ein Ja unterstützt auch die Arbeit des praktischen Naturschutzes in Stadt und Region St.Gallen. Entsprechend empfiehlt auch der NVS für den 22. September ein Ja zur Biodiversitätsinitiative. Sehen Sie dazu bitte auch das Editorial.

Begründet wird das Volksbegehren mit dem bedenklichen Zustand der Naturvielfalt: Ein Drittel der Tier- und Pflanzenarten der Schweiz ist gemäss dem Initiativkomitee derzeit gefährdet oder bereits ausgestorben. Die Hälfte der Lebensräume ist bedroht. Das sei alarmierend, heisst es im Internetauftritt [www.biodiversitaetsinitiative.ch](http://www.biodiversitaetsinitiative.ch). Ohne Wildbienen, Schmetterlinge und

andere Insekten gebe es nämlich keine Bestäubung von Pflanzen, ohne Bestäubung keine Nahrungsmittel wie Beeren, Früchte und Gemüse. Eine vielfältige Natur Sorge für sauberes Wasser und fruchtbare Böden. Und: Werde nicht gehandelt, seien hohe Folgekosten absehbar. Der Bundesrat, so schreibt das Initiativkomitee, veranschlage diese für die Zeit nach 2050 auf 14 bis 16 Milliarden Franken pro Jahr.

Es ist zwar richtig: Der Natur- und Umweltschutz ist in der St.Galler Stadtpolitik angekommen. Noch in den 2000er-Jahren musste man auch hier um jede kleine Verbesserung kämpfen. Allzu oft scheiterten Fortschritte damals am bürgerlich dominierten Stadtrat und Parlament. Das ist heute anders. Der Natur- und Umweltschutz ist in diesen Gremien und in Volksabstimmungen mehrheitsfähig. Was dazu führt, dass die Opposition gegen mehr Natur neu versucht, die Umsetzung von Volksentscheiden mit juristischen Kniffen zu verhindern. Aktuelles Beispiel ist die Ausdehnung des Baumschutzes auf alle Baugebiete der Stadt.

Immer noch düster sieht es bezüglich Natur- und Umweltschutz im St.Galler Kantonsrat wie auch im



Eine intakte Natur macht die Stadt lebenswert und schützt auch vor den Auswirkungen des Klimawandels. Im Bild der gut beschattete Pausenplatz eines Staatsantgaller Schulhauses. Bild: zVg

National- und im Ständerat aus. Gerade auf nationaler Ebene wirkt sich der Rechtsrutsch bei den letzten Wahlen bereits negativ auf Umwelt- und Naturschutzanliegen aus. So wurden in den ersten Sessionen der neuen Legislaturperiode spruchreife Vorlagen und auch frühere Versprechen für mehr Naturschutz versenkt. Dieser Trend stimmt angesichts gravierender Natur- und Umweltprobleme, die der Lösung harren, nicht gerade optimistisch. Gegensteuer ist hier dringend nötig.

Die Biodiversitätsinitiative will den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen besser in der Verfassung verankern. Sie verlangt, die für einen wirkungsvollen Schutz nötigen Landflächen und finanziellen Mittel bereitzustellen. Sie nimmt Bund und Kantone in die Pflicht, in diesem Bereich aktiv zu werden. Dies ganz bewusst, ohne fixe Zahlen zu Flächen und Finanzen zu nennen. Ziel der Ini-

tiative ist, Natur, vielfältige Landschaften und schöne Ortsbilder auch ausserhalb der bestehenden Schutzgebiete zu schonen und zu erhalten.

Um die Biodiversitätsinitiative dürfte es nach den Sommerferien einen intensiven Abstimmungskampf geben. Nicht nur Befürworterinnen und Befürworter der Vorlage, auch ihre Gegnerinnen und Gegner sind in den Startlöchern. Darauf, dass der verbale Schlagabtausch heftig ausfallen dürfte, lassen die bereits bezogenen Ausgangspositionen und die gegenseitigen Appelle zur Fairness erahnen. Zur Gegnerschaft zählen bürgerliche Bauernpolitiker und Agrarfunktionäre. So negierten sie in ersten Stellungnahmen die schwindende Naturvielfalt und andere Umweltprobleme der Schweiz. Die Ja-Seite widersprach sofort dezidiert und wies auf eindeutige wissenschaftliche Studien zum Artensterben und zu anderen Naturthemen hin.